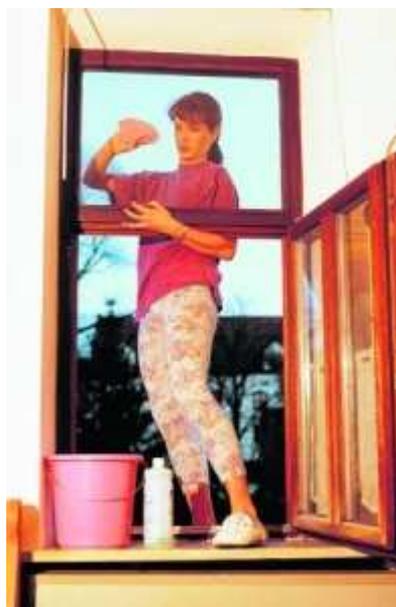


04.02.2010

SPD will gegen Leiharbeit vorgehen

Anzahl der Leiharbeiter, Minijobs und unterbezahlten Stellen nimmt zu



gn Nordhorn. „Atypische oder prekäre Beschäftigung in der Grafschaft“ lautete das Thema einer Informationsveranstaltung der Grafschafter SPD. Obwohl die Grafschaft im niedersächsischen und Bundesvergleich eine relativ günstige Situation in Bezug auf Arbeitslosenquoten und Stellenzugänge aufweise, seien die schwarzen Flecken auf der weißen Weste unübersehbar, betonte Wiebke Buchholz-Will in ihrer Einleitung: Mini-Jobs, Teilzeitarbeit und Leiharbeit böten häufig kein Existenzsicherndes Einkommen und schafften unsichere – prekäre – Lebensperspektiven. Nach einer Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung sind diese Beschäftigungsformen auch in der Grafschaft weit verbreitet und viele neue Stellen gehen in diese Richtung. Lag der Anteil der atypischen Beschäftigungsverhältnisse 2003 noch bei etwa 40 Prozent, so waren es 2008 bereits 45 Prozent. Ein Großteil der Zuwächse geht auf das Konto von 400 Euro-Mini-Jobs, besonders für Frauen, und Leiharbeit. Leiharbeit, so führte Gerd Will in seinem Referat aus, erreicht bis zu zwölf Prozent Marktanteil je nach Region. „Im Juni 2009 waren in Niedersachsen 700000 Leiharbeiter in Zeitarbeitsfirmen beschäftigt, was

gegenüber 2005 ein Plus von 84 Prozent bedeutete; in der Grafschaft beträgt der Anteil zwischen 3,5 und 11,7 Prozent, auch Frauenarbeitsplätze sind mit steigender Tendenz betroffen.“

„Die Leiharbeitsfirmen betreiben im großen Stil Lohndumping entweder durch Nichtanwendung von Tarifverträgen oder durch konkurrierende Billig-Tarifverträge von so genannten christlichen Gewerkschaften“, so Will. War die befristete Arbeitnehmerüberlassung als Möglichkeit für die Unternehmen gedacht, Produktionsspitzen abzufangen, so entpuppe sich die heutige gesetzliche Öffnung als Armutsfalle für viele Beschäftigte. Eine Eingrenzung des Leiharbeitssystems sei dringend geboten, mit klaren Definitionen über Anteil an Stammebelegschaft und Zeitraum.

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in prekären Beschäftigungsverhältnissen erhalten keine Existenzsichernden Einkommen, obwohl über 70 Prozent von ihnen über eine Ausbildung verfügen. Das Lohnniveau sinkt stetig, mittlerweile auf durchschnittlich 6,88 Euro die Stunde, Niedrigstlöhne von vier bis fünf Euro sind keine Seltenheit, so die SPD. Dieser Personenkreis gehöre zu den so genannten „Aufstockern“. Betroffene haben Anspruch auf ergänzende Sozialleistungen zur Grundsicherung, die hier in der Grafschaft über „Comeback“ beantragt werden muss. In Niedersachsen summieren sich Aufstocker-Sozialleistungen auf 420 Millionen Euro: „Sie sind letztlich eine direkte Subventionierung von Unternehmen, die weiter niedrige Löhne zahlen,“ so Buchholz-Will. Nur ein gesetzlicher Mindestlohn könne hier Abhilfe schaffen, der angesichts der Niedriglohnschwelle mindestens 9,50 Euro betragen müsse. Die Grafschafter SPD will sich auf allen Ebenen für eine gesetzliche Regelung eines Mindestlohns und zur Reglementierung der Leiharbeit einsetzen.